

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Poltschekkonto Dresden Nr. 13533, Emil Schlegel-Schillingstr. Dresden-Alt. Osterbahnstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Deutsches Reich: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentage nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neuromanen gesteuerte Nonpareilgesetz oder deren Raum 0,50 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Kleinanzeigen anschließend an den dreizehnten Teilzeitteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Alt. Osterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen höheren Bezirken besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Dresden, Montag den 8. Februar 1926 Nummer 32

## Verteidigt die Einheitsfront! Arbeiter! Klassengenossen!

Der Parteivorstand der SPD und der Bundesvorstand des ADGB haben eine Offensive gegen die sich bildende Einheitsfront des Proletariats begonnen.

Seide Anklagen beschuldigen die Kommunistische Partei der „Vollstößigkeit“, der „Zersplitterungsarbeit im Kampf ums Volksgehör“. Der Bundesvorstand des ADGB beschuldigt die Kommunistische Partei, „wilde Propaganda“ mit Hilfe der Erwerbslosen zu betreiben.

### Wie liegen die Dinge?

In der zentralen Verhandlung zwischen KPD, SPD, ADGB und Kampfschlichtung über die Durchführung des Volksentscheids für die entschuldigungslose Entziehung der Fürstenthümer wurde vereinbart, daß die Selbständigkeit jeder Organisation in der Durchführung der Kampagne anerkannt bleibt.

Der Beschluß ist eine Selbstverständlichkeit. Denn jede Partei, jede Organisation wird das Recht, selbständig über ihre Angelegenheiten zu treffen, aufzugeben.

Aber schließt dieses selbständige Recht jeder Organisation etwa die Möglichkeit aus, gemeinsame Aktionen, gemeinsame Demonstrationen, gemeinsame Maßnahmen zur Durchführung dieser und anderer Forderungen im Interesse der werktätigen Schichten zu unternehmen?

Jeder Arbeiter wird darauf mit einem Nein antworten.

Jeder Arbeiter wird zugeben müssen, daß gerade in der heutigen Zeit die zwingende Notwendigkeit vorliegt, über den Rahmen einer Partei hinaus

### die gesamte Arbeiterklasse zu einheitlichen Kraftanstrengungen zusammenzufassen.

Die arbeitenden Massen selbst beginnen dies zu erkennen. In zahlreichen Orten und Städten sind Einheits- und Aktionskomitees gebildet worden.

Bedenken diese Komitees eine Schwächung der Arbeiterbewegung, wie der Bundesvorstand des ADGB es behauptet? Jeder Arbeiter wird mit uns antworten: Das Gegenteil ist der Fall. Aus der gemeinsamen Arbeit von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern wird sich eine große Stärkung, vor allem der Gewerkschaftsbewegung, ergeben.

Denn die Komitees werden sich nicht auf die Durchführung des Volksentscheids beschränken, sondern sie werden in gemeinsamer aufstrebender Arbeit Millionen von Arbeitern den Gewerkschaften als Mitglieder zuführen.

Eine solche Arbeit wird die Durchführung der großen Wirtschaftskämpfe nicht erschweren, sondern erst ermöglichen.

### Überall fehlt der Lohndruck der Unternehmer ein.

Überall wird die große Wirtschaftskrise von den Unternehmern dazu benutzt, um die Ausbeutungsmethoden zu verschärfen, die hungernden Arbeitslosen als Lohnsünder zu verwenden, den mangelnden Kampfwillen der Gewerkschaftsleitungen zum Schaden der Arbeiterklasse auszunutzen.

Die Kommunistische Partei erklärt vor der gesamten Arbeiterklasse: Wir wollen keine wilden Streiks.

### Wir wollen den organisierten, machtvollen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmeroffensive.

Wir wollen aber verhindern, daß die Unternehmer ihre Absichten durchsetzen können. Darum darf es keine Arbeitsgemeinschaft mit der kapitalistischen Klasse geben.

Der Bundesvorstand des ADGB hat kein Recht, der kommunistischen Partei Zersplitterungsstatistik vorzumerken. Die Kommunistische Partei in Rheinland-Westfalen war es, die sich an die Gewerkschaften gewandt hat mit dem Vorschlag, eine einheitliche Aktion der Industriearbeiter des Gebiets herbeizuführen, da die Unternehmer heute schon mit brutaler Offenheit eine Reduzierung der Löhne von 20 und 25 Prozent verlangen.

Berlin, den 5. Februar 1926.

**Zentralkomitee der Komm. Partei Deutschlands**  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Der Bundesvorstand des ADGB hat vielmehr die Pflicht — besonders nach den Erfahrungen seit 1918 —, die Leitung des Bergarbeiterverbandes zur Ordnung zu rufen, die im gegenwärtigen Moment über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Grubenbaronen verhandelt.

Die deutsche Arbeiterklasse muß und wird begreifen, daß

### nur der Weg, den die KPD. zeigt, aus dem Glend der Gegenwart führen kann.

Es ist der Weg, den die englischen Gewerkschaften im vergangenen Jahre gegangen sind, als sie den Angriff der Grubenbarone zurückschlugen durch die einheitliche Aktion des Generalkonvents der britischen Gewerkschaften.

Der Bundesvorstand des ADGB muß diesen Weg beschreiten! Das wird immer härter, mühsamer, auch der Ruf der sozialdemokratischen Arbeiter werden. Die kommunistische Partei wird in diesen beginnenden großen Kämpfen ihre Pflicht tun.

Es muß verhindert werden, daß ein Gegensatz zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen geschaffen wird. Der gemeinsame Kampf aller Arbeiter wird dies verhindern. Die Arbeitslosen und Kurzarbeiter müssen ausreichend unterstützt, müssen wieder in den Produktionsapparat eingereiht werden.

Neben der Vorbereitung dieser großen Kämpfe stehen vor der deutschen Arbeiterklasse andere wichtige Aufgaben.

### Warum soll eine Regierung Luther auch nur für einen Tag länger leben?

Handelt sie nicht täglich gegen die Interessen der werktätigen Massen? Ist es nicht, wie die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ selbst sagte, eine Regierung des Groß-Bürgerbluts?

Jeder sozialdemokratische Arbeiter, jedes Mitglied der Gewerkschaften wird mit uns der Meinung sein

### diese Regierung muß gestürzt werden, der Reichstag muß aufgelöst und Neuwahlen erzwungen werden!

Die sozialdemokratischen Führer aber wollen immer noch die Große Koalition. Darum haben sie durch Stimm-enthaltung im Reichstag der Regierung das Leben ermöglicht und die Verantwortung für die Taten dieser Regierung übernommen.

Wie im Reich, so ist es in den Ländern. Wenn sich die werktätigen Massen die Hand reichen, können die reaktionären Regierungen in Sachsen, Thüringen, in Mecklenburg, kann der Koalitionsstempel in Hamburg gestreift und beseitigt werden.

Was sehen wir jedoch? Der Landesparteitag der SPD in Sachsen hat die Auflösung des Landtages beschlossen. Aber die sozialdemokratischen Minister steigen auf den Willen der Arbeiter, auf den Willen der Mitglieder ihrer eigenen Partei. Diese rechte Führerrolle ist auf Leben und Tod mit der Bourgeoisie verbunden, und auf nur wenn die sozialdemokratischen Arbeiter mit eigener Entschlossenheit den Kampf gemeinsam mit uns aufnehmen, wird der Weg frei werden für einen neuen Aufstieg der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung.

Darum rufen wir allen Arbeitern zu:

### Duldet keine Beherrschung der Arbeiterklasse durch bürgerliche Führer!

Reicht uns die Hand zum gemeinsamen Kampf gegen Lohndruck und Arbeitslosigkeit!

Schafft das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften im Kampf gegen das Unternehmertum!

Kämpft für die Enteignung der Fürstenthümer!

Kämpft gegen die Luther-Regierung, für die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen!

### Diese deutsche Republik!

F. S. Die Art der Verhandlung der Femeinordungsprojekte vor den „republikanischen“ Gerichten beginnt den bürgerlichen Parteien jetzt ebenso peinlich zu werden wie die Handlungen Entscheidungen deutscher Gerichte über die Fürstenthümer. Diese „unabhängigen“ Gerichte wachen über die Staatssicherheit mit einem Eifer, der selbst die Demokraten bedenklich macht. Das heißt, die Demokraten und auch die Sozialdemokraten sind nicht deswegen bedenklich, weil die Gerichte bei Behandlung des Republikandals die Öffentlichkeit ausschalten, sondern weil die Art, wie es geschieht, im Ausland unliebsames Aufsehen erregt. Wenn es anders gelänge, mit weniger Aufsehen, dann wären die Herren Demokraten und die Regierung, einschließlich der Brennerregierung Braun-Sieding, auch nach außen völlig einverstanden. Es muß offen gesagt werden: Bei den offiziellen Kundgebungen von Reich und Preußen, die Regierungen seien für Öffentlichkeit, handelt es sich nur um Manöver. Die Regierungen können nicht anders tun. Sie sind von oben herein der Gerichte über und können nun mit Verhöhnung erklären: Wir können die Gerichte ja nicht zwingen, sie sind — „unabhängig“.

Die Regierungen und die beteiligten Parteien betreiben ein Doppelspiel, das dem von 1923 entspricht. Damals wurden alle Andeutungen über die Schwärze Reichswehr und Mordorganisationen als Märchen hingestellt, die Veröffentlichung entsprechender Nachrichten wurde als „Landesverrat“ verfolgt. Der damalige Ministerpräsident Zeigner brachte gegenüber der Androhung von Verhaftung nicht den Mut auf, sein amtliches Material der Öffentlichkeit zu übergeben. Seine Minister gingen in den übrigen Ländern, im Reich und Preußen aber hielten sich schüchtern vor Gehler und die Schwärze Reichswehr. Erich Zeigner wurde durch den Stahlhelmführer Rejzer der gerichtlichen Verfolgung wegen Betrüchlichkeit übergeben — und er schwieg für diese Republik.

Erst im Jahre 1925 — als alle Spuren vermischt schienen — gab Gehler die Existenz der Schwarzen Reichswehr zu: er gab damit zugleich Verfassungsbruch zu und entschuldigte sich und die Regierung mit den vaterländischen Notwendigkeiten. Herr Gehler wollte mit dem Eingeständnis von 1925 allen späteren Enthüllungen vorbeugen.

Jetzt lassen sich die Zustände bei den Geheimorganisationen des Herrn Gehler nicht mehr verheimlichen (trotz Ausschluß der Öffentlichkeit!) — nun läßt man die einzelnen Räder zum Tode verurteilen, die innerhalb der vom Reich eingerichteten Geheimorganisationen als geheime Exekutivorgane eines Femeinordes tätig gewesen sind. Die Femeinorde sind des Mordes schuldig befunden worden. Aber sie sind nicht allein schuldig. Die Verurteilung von Femeinorden und staatlichen Geheimorganisationen milderte ihre Mordtaten nicht; aber aus ihr wächst die Anklage gegen diese deutsche Republik, gegen ihre Regierungen, Regierungsparteien und Regierungsorgane.

Durch Ausschaltung der Öffentlichkeit von den Gerichtsverhandlungen läßt sich die Anklage nicht ausschweigen. Sie läßt sich auch nicht durch die Geise des Herrn Gehler ausschließen, der beleidigt den Saal des Reichstages verließ, als er von kommunistischer Seite wegen der Femeinorde angegriffen wurde. Die Verhandlung im Untersuchungsausschuß des Reichstages sollen so hin- und hergezögert und in die Länge gezogen werden, daß diese Republik erst einmal über den Fürstenthümerdungsstempel hinaus ist, dann hoffen die beteiligten Kreise auf Erlösung des Interesses: Verschleppen, verschleppen — und vor Gericht weiter geheim verhandeln.

Die Tatsache, daß noch Hunderte von kommunistischen Arbeitern in den Gefängnissen dieser Republik wegen der Vorgänge von 1923 schmachten, daß noch jede Woche kommunistische Arbeiter wegen 1923 verurteilt werden, macht es der Arbeiterklasse zur Pflicht — für die Befreiung der politischen Gefangenen, einschließlich von Max Höpfer und anderer, die wegen früherer Bewegungen eingekerkert sind, gerade im Hinblick auf den Skandal der Femeinordungsprojekte mit erneuter Energie einzutreten.

Fürstenthümerabfindung zur Finanzierung der monarchistischen Bewegungen, Femeinorganisationen, Schwarze Reichswehr zum Kampf für die Monarchie und zur Niederknüpfung der Arbeiterklasse, Gerichte für Fürsten und zum Schutz der Mordorganisationen und ihrer Hintermänner — Gerichte gegen die Arbeiter.

Da gibt es bei der Förderung der Volksbewegung für Fürstenthümerabfindung, bei Vertretung der Interessen der Sta-

Various small advertisements on the left margin including 'Birna', 'Ball', 'Kapselle', 'F-11', 'na', 'n.', '14'.